STANDPUNKTE 18 / 2015

JOSEPH DAHER

SYRIEN: GEMACHTES «SEKTIERERTUM»

HERRSCHENDE NUTZEN RELIGIÖSE UND ETHNISCHE ZUGEHÖRIGKEITEN ZUR SPALTUNG UND UNTERDRÜCKUNG DER BEVÖLKERUNG

«Sektierertum»[1] wird oft als Wiederaufleben von primitiven Impulsen oder eines uralten Hasses zwischen zwei gesellschaftlichen Gruppen beschrieben, wie etwa zwischen Schiiten und Sunniten im Irak, in Bahrain und im Libanon, zwischen Alawiten und Sunniten in Syrien oder zwischen Christen und Sunniten in Ägypten. Das heißt, Sektierertum im Nahen und Mittleren Osten wird in der Regel entweder als historisches Relikt, das der Modernisierung in den jeweiligen Ländern im Wege steht, oder als grundlegende Eigenschaft der Menschen in der arabischen Region gedeutet. Der folgende Text wendet sich entschieden gegen diese Auffassung und analysiert das Sektierertum am Beispiel Syrien – ganz im Gegenteil – als ein Produkt der Moderne.

In seinem bahnbrechenden Werk «Die Kultur des Sektierertums» zur Geschichte des ottomanischen Libanon im 19. Jahrhundert weist Ussama Makdissi auf einen groben analytischen Fehler in der Geschichtswissenschaft hin: «Zu den größten Irrtümern der Geschichtsschreibung des Mittleren Ostens zählt die Auffassung, das Sektierertum stünde der Modernisierung im Wege und sei für den sogenannten Krisenverlauf symptomatisch. Diese Interpretation hat zu einem zusehends gescheiterten Pfad innerhalb der Geschichtsforschung geführt, auf dem sich einige AkademikerInnen ernsthaft bemühten, in der Vergangenheit Antworten zu finden, während sich das Problem des Sektierertums weiter verschärfte, stetig fester verwurzelte und immer komplexer wurde. Der Beginn des Sektierertums war keine Rückbesinnung. Er markierte einen Bruch, die Geburt einer neuen Kultur, in der die Religionszugehörigkeit zum bestimmenden öffentlichen und politischen Merkmal des modernen Subjekts und Bürgers wurde.»[2]

In der Tat ist das Sektierertum ein Produkt der Moderne und eine der beliebtesten Waffen der herrschenden Klassen der Region sowie der reaktionären islamischen Kräfte, um die Bevölkerung zu unterdrücken und zu spalten. Nehmen wir Syrien als Beispiel. Das Assad-Regime ist weder sektiererisch, noch setzt es sich ausschließlich aus Mitgliedern einer Religionsgemeinschaft zusammen, wie es manche syrische Oppositionelle und auch sogenannte ExpertInnen gern darstellen. Es ist in erster Linie autoritär und baut auf Klientelismus auf. Als solches fand es die Unterstützung der überwiegend sunnitischen und christlichen bürgerlichen Schichten aus den Städten Aleppo und Damaskus, die von der neoliberalen Politik der vergangenen Jahre, insbesondere seit Einführung der «sozialen Marktwirtschaft» im Jahr 2005, profitiert haben. Dem Regime zur Seite standen der Sicherheitsapparat, der überwiegend von alawitischen Persönlichkeiten mit Verbindungen zur Assad-Familie dominiert wurde, sowie die Netzwerke der Bürokraten und Kapitalisten. Sie entstanden durch Vetternwirtschaft im öffentlichen Sektor und entwickelten sich insbesondere in den 1990er Jahren nach der Umsetzung des Investitionsgesetzes von 1991[3] prächtig. Das syrische Regime verfolgte eine zweigleisige Politik. Einerseits wurden unabhängige zivilgesellschaftliche und säkulare Organisationen sowie politische Parteien unterdrückt, sodass als einzige Alternative nur Regierungsorganisationen blieben. Andererseits wurden konfessionelle und archaische Merkmale, etwa uralte Stammeszugehörigkeiten, auf unterschiedliche Weise gestärkt.

Es ist daher das Regime selbst, das am stärksten für die Spaltung der syrischen Bevölkerung verantwortlich ist – und nicht eine Verschwörung ausländischer Akteure, wie vom Regime dargestellt, oder ein «Sektierertum», wie häufig im Ausland zu hören.

DIE UNTERDRÜCKUNG SÄKULARER UND ZIVILER POLITISCHER ORGANISATIONEN

Mit der Machtübernahme Hafiz al-Assads nach einem erfolgreichen Putsch im Jahr 1970 begann eine neue Ära in

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Syrien. Unabhängige Organisationen, wie etwa Gewerkschaften, Berufsverbände und zivilgesellschaftliche Vereinigungen, waren fortan brutaler Repression ausgesetzt und wurden schließlich der Autorität des Regimes unterstellt. So wurden etwa die Berufsverbände von Medizinern, Anwälten, Ingenieuren und Apothekern in den 1980er Jahren aufgelöst. Sie hatten in den Jahren zuvor an vorderster Front für die Rückkehr zu demokratischen Freiheiten und für die Aufhebung des Ausnahmezustands gekämpft. Anschließend wurden diese Verbände neu gegründet und ihre Führungen ausgetauscht. Ans Ruder kamen staatlich ernannte Personen.[4]

Innerhalb des Schulsystems ging das Regime vornehmlich gegen alle linksgerichteten Lehrkräfte vor und ließ gleichzeitig zu, dass sich fundamentalistische religiöse Strömungen entwickelten.[5] Weder die Universitäten als Institutionen noch Lehrkräfte und Studierende als Individuen waren vor Verfolgung geschützt. Die Sicherheitsbehörden konnten Studierende sogar in den Vorlesungssälen oder auf dem Campus verhaften. In ähnlicher Weise ging das Regime gegen die Gewerkschaften vor. Es blockierte den Kampf von ArbeiterInnen gegen seine neoliberale Politik, die für die Verschlechterung des Lebensstandards der Mehrheit der Menschen sowie für politische Unterdrückung verantwortlich war.

Unterdrückt wurden ebenfalls alle politischen Parteien, die sich nicht dem Diktat von Hafiz al-Assad unterwerfen wollten und sich weigerten, dem Bündnis der Nationalen Progressiven Front beizutreten, in dem sie im Grunde keinerlei Rechte für politische Aktivitäten ohne die Zustimmung der Regierung mehr hatten. Ihnen galten die harten Repressionen des Regimes seit der Machtübernahme, nicht nur der Muslimbruderschaft. Zu Beginn der 1970er Jahre gerieten zahlreiche säkulare politische Parteien, insbesondere die des linken Spektrums, ins Visier des Regimes. Was die Rolle der Baath-Partei in der Gesellschaft betrifft, so verlor sie mit der Machtübernahme von Hafiz al-Assad, der die Partei zu einem Instrument machte, um die Gesellschaft zu kontrollieren, ihr ideologisches Fundament und ihre ursprüngliche Dynamik. Parteiinterne Wahlen wurden abgeschafft. Stattdessen entschieden Regime und Sicherheitskräfte über die Besetzung von Posten. Gleichzeitig unterdrückten sie alle oppositionellen Elemente in der Partei.

Die Unterdrückung politischer GegnerInnen setzte sich nach dem Tod von Hafiz al-Assad im Jahr 2000 und mit der Machtübernahme seines Sohnes Baschar al-Assad fort. Eine Oppositionsbewegung aus Intellektuellen, KünstlerInnen, SchriftstellerInnen, WissenschaftlerInnen und sogar PolitikerInnen, die zwischen 2000 und 2006 Reformen und die Demokratisierung des Staates forderte, wurde von den verschiedenen Organen des Sicherheitsapparats unterdrückt: Foren wurden geschlossen, Sit-ins zerschlagen und viele Intellektuelle inhaftiert.

Zunehmend gerieten weite Teile der syrischen Gesellschaft unter die Kontrolle des Regimes. Als einzige politische Organisation hatte die Baath-Partei das Recht, Veranstaltungen, Vorlesungen und öffentliche Kundgebungen auf dem Gelände von Universitäten und Militäreinrichtungen abzuhalten und dort Zeitungen herauszugeben und zu verteilen. Die Baath-Partei kontrollierte zudem eine Reihe von Verbänden, mit denen sie zusätzliche gesellschaftliche Sektoren unter ihre Kontrolle brachte. Sie wurden Volksorganisationen genannt und nahmen Bauern, Jugendliche und Frauen auf.

DIE ROLLE DER KONFESSIONEN IN DEN REGIERUNGSINSTITUTIONEN

Die Repression zivilgesellschaftlicher Organisationen ging bereits während der Präsidentschaft Hafiz al-Assads mit einer zunehmenden Zusammenarbeit mit der mehrheitlich sunnitischen Unternehmerschaft der Städte und mit konservativen Gruppierungen in der Gesellschaft einher. Dies spiegelte sich in den verschiedenen Institutionen des Regimes wider. Eine große Anzahl sunnitischer Städter, überwiegend aus Damaskus, wurde in die höchsten Parteiebenen aufgenommen, und viele parteilose Technokraten wurden Teil der Regierung.[6] Im Parlament erhielten Repräsentanten der Berufsverbände, Unternehmer, religiöse Scheiche und sogar einige parteiunabhängige traditionelle Stammesführer mehr Raum und Mitsprache.[7]

Hafiz al-Assads Ziel war es, mittels einer «gesteuerten Liberalisierung» die Stabilität seines Regimes zu sichern, indem er Kapitalakkumulation ermöglichte und somit die mächtigen Wirtschaftsbereiche beruhigte. Unter seiner Herrschaft wuchs die Bedeutung privater Unternehmen ebenso wie die der religiösen und konservativen Gruppierungen. In den 1970er und 1980er Jahren wurde die Muslimbruderschaft massiv unterdrückt, was das Regime jedoch nicht davon abhielt, einen religiös-konservativen Diskurs zu entwickeln, der diametral dem Bild eines sogenannten weltlichen Regimes widersprach. Die Regierung ließ zahlreiche Moscheen errichten und unterstützte Scharia-Schulen und islamische Schulen großzügig. Ebenfalls förderte sie die islamischen Religionsgelehrten, erhöhte in den 1970er Jahren mehrfach die Löhne des sunnitischen religiösen Establishments, unter anderem der Imame, Religionsgelehrten und Prediger, und propagierte den Islam in den Massenmedien. Zugleich wurde das konservative islamische Establishment ermutigt, bestimmte islamische Strömungen zur Legitimierung des Regimes zu mobilisieren.[8] Im Jahr 1973 nahm Hazif al-Assad in Reaktion auf die Proteste und die Kritik einiger sunnitischer Religionsvertreter eine Verfassungsänderung vor, die im selben Jahr vom Parlament angenommen wurde und die die Religionszugehörigkeit des Präsidenten zum Islam festschrieb.

Unter der Führung von Baschar al-Assad wurde diese Politik fortgesetzt. Der genannte Artikel wurde in der «neuen» Verfassung vom März 2012 um den Zusatz «die islamische Rechtswissenschaft wird zu einer Hauptquelle der Gesetzgebung» erweitert, um so die islamische Legitimation des Regimes zu bekräftigen. Die Zusammenarbeit mit den religiösen Vereinigungen und konservativen Teilen der Gesellschaft wurde im Kontext der neuen «sozialen Marktwirtschaft» und der Einführung einer verschärften neoliberalen Politik verstärkt. Einher ging dies mit der Kürzung staatlicher Sozialausgaben und anderer Gelder für viele weitere grundlegende öffentliche Bereiche. Vor Ausbruch der Revolution lebten 30,1 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, und beinahe zwei Millionen Menschen – oder 11,4 Prozent der Bevölkerung – fehlten die Mittel zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse.[9] Das reale BIP-Wachstum und das Pro-Kopf-Realeinkommen sind seit Anfang der 1990er Jahre gesunken. Schon aus diesem Grund setzt die Regierung ihre neoliberale Politik fort und bemüht sich um weiteres Privatkapital.[10]

Aus dem Gesundheitswesen hat sich die Regierung zurückgezogen und überlässt dieses zunehmend den karitativen und insbesondere den religiösen Organisationen. Die neoliberale Politik hat sowohl islamische als auch christliche reli-

giöse Vereinigungen und ihre Netzwerke gestärkt, und damit auch ihre Rolle innerhalb der Gesellschaft zuungunsten des Staates.
Das Regime setzte die Entspannungspolitik gegenüber der islamischen Opposition fort. Tausende politische Häftlinge wurden 1992 freigelassen, islamische Publikationen und einzelne Bewegungen toleriert, sofern sich diese nicht in die Politik einmischten. Während die Regierung säkulare Literatur und Kunst zensierte, förderte sie die religiöse Literatur, die in den Buchhandlungen immer mehr Regale füllte, die höhere Bildung wurde zunehmend islamisiert. Emanzipatorische AkteurInnen dagegen wurden drangsaliert. Im Jahr 2007 etwa entzog die Regierung infolge des Drucks seitens verschiedener religiöser Organisationen und Persönlichkeiten zwei feministischen Organisationen die Genehmigung.[11]
Mit Beginn des Aufstands im April 2011 bemühte sich die Regierung zudem darum, den konservativen Teilen der Gesellschaft entgegenzukommen, indem sie etwa das einzige Spielcasino des Landes schloss. Darüber hinaus hob sie das Verbot für Lehrerinnen auf, im Unterricht einen Gesichtsschleier (den Niqab) zu tragen. Die Regierung hatte den Niqab im Juli 2010 aus den Klassenzimmern verbannt und Hunderte Lehrerinnen auf Verwaltungsstellen versetzt. Vertreter des Regimes trafen sich außerdem mit einer Reihe religiöser Würdenträger aus verschiedenen Städten, in der Hoffnung, die Protestbewegung so besänftigen zu können.

DER AUFBAU EINER POLITISCHEN RELIGIONSGEMEINSCHAFT

Mit der Machtübernahme der Baath-Partei verbesserte sich in den 1960er Jahren der Lebensstandard der Bevölkerung insbesondere in den ländlichen Gebieten spürbar. Dies galt auch für die Alawiten, die mehrheitlich, aber nicht ausschließlich den ländlichen Regionen entstammten und nun größere soziale und wirtschaftliche Aufstiegschancen erhielten. Das Regime von Hafiz al-Assad wollte damit die alawitische Bevölkerung als Ganzes an die Regierung, insbesondere aber an den Assad-Clan binden. Zu diesem Zweck unternahm es den Versuch, abweichende Meinungen innerhalb der alawitischen Bevölkerung zum Schweigen zu bringen. Die alawitische Gemeinde sollte im Grunde die Religionsgemeinschaft des Assad-Clans werden, was jedoch nie ganz gelang.
Mit Ausnahme der vom Regime kontrollierten «Ali al-Murtada»-Vereinigung und den von Rami Makhlouf, einem Cousin Baschar al-Assads, gegründeten Organisationen untersagte das Regime der alawitischen Gemeinde, im Gegensatz zu anderen Religionsgemeinschaften, den Aufbau gemeinnütziger konfessioneller Organisationen. Die Assad-Familie wollte verhindern, dass sich eine alternative Macht innerhalb der eigenen Gemeinschaft etablierte. Viele Verbindungen mit klientelistischem Charakter entstanden zwischen der alawitischen Bevölkerung und Beamten, die auf gemeinsamen Interessen und Verbundenheit gegenüber der Familie oder des engeren Clans beruhten.
Ebenfalls mit der Absicht, eine unabhängige Macht innerhalb der Gemeinschaft zu verhindern, untersagte das Assad-Regime jede Form zivilgesellschaftlicher Vertretungen in Form eines Obersten Rats der Alawiten als Pendant zum Obersten Rat der Schiiten oder dem Obersten Rat der Ismailiten. Der alawitischen Gemeinde fehlen öffentliche religiöse Institutionen, was nicht dem sogenannten Säkularismus des Regimes, sondern der Tatsache geschuldet ist, dass die alawitische Gemeinde eng mit dem Assad-Regime verknüpft und der Herrschaft der Assad-Familie unterworfen werden sollte. Die alawitische Unterschicht andererseits profitierte ebenso wenig wie andere SyrerInnen von den wirtschaftlichen Maßnahmen des Regimes. In den 1990er Jahren schrieb der Historiker Hanna Batatu über die Beschwerden der Alawiten in den Hochebenen, dass die Mehrheit der Bauern in ihren Gebieten in Armut lebe und ihr Ertrag immer noch von den wechselhaften Witterungsbedingungen abhänge. Hinzu komme, dass ihre Realeinkommen aus der Landwirtschaft abnähmen und sich viele von ihnen zusätzliche Einkommensquellen erschließen müssten.[12] In einem neueren Bericht der International Crisis Group (ICG) heißt es: «Die ländlichen Gemeinden der Alawiten sind weiterhin deutlich unterentwickelt, viele treten mangels anderer Alternativen in die Armee ein; Mitglieder der Sicherheitskräfte sind meist überarbeitet und unterbezahlt. Die jungen Menschen der Gemeinde schlossen sich dem Sicherheitsapparat größtenteils nur an, weil das Regime ihnen keine anderen Perspektiven bot. Durchschnittliche Alawiten profitierten selten von der Korruption auf höchster Ebene und am wenigsten unter Baschar.»[13]
Solche Befunde gab es auch für andere Regionen Syriens, was zeigte, wie ähnlich die Bedingungen für alle SyrerInnen unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit sind. Allerdings ging die Strategie des Regimes der Gleichschaltung der alawitischen Gemeinschaft unter der Führung des Assad-Regimes nicht auf, da viele Alawiten in der Vergangenheit gegen das Regime kämpften und es auch heute noch tun.
Alawitische AktivistInnen wie die Feministin Hanady Zahlout und die seit Jahren aktiven DissidentInnen Habib Saleh, Abdel Aziz al-Khayr, Samar Yazbeck, Louai Hussein und Fadwa Soleiman gehören zu den wichtigen Oppositionellen, ebenso wie der bekannte Ökonom Aref Dalila, der aufgrund seiner Tätigkeit gegen das Regime nicht wenige Jahre im Gefängnis verbrachte. Zudem entstand in der Freien Syrischen Armee (FSA) in der Provinz Idlib eine alawitische Brigade, und zahlreiche alawitische Offiziere und Soldaten der Regierungsstreitkräfte sind übergelaufen.[14]

DIE DISKRIMINIERUNG DER KURDISCHEN BEVÖLKERUNG

Das Assad-Regime hat seit den 1970er Jahren die Diskriminierung der kurdischen Bevölkerung verschärft und Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Nordosten Syriens (KurdInnen, AraberInnen, AssyrerInnen, TurkmenInnen) geschürt, um die Korruption sowie die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der trotz der Ölvorkommen ärmsten Region zu vertuschen. Dazu bediente sich die Regierung der unterschiedlichen ethnischen Herkunft der Menschen.
Unter dem Assad-Regime hatten die KurdInnen – die einen Anteil von zehn Prozent an der Bevölkerung stellen – stets einen untergeordneten Status. Sie durften weder ihre eigene Sprache unterrichten noch ihre Traditionen pflegen. Die kurdische Bevölkerung wurde bewusst in Armut gehalten. Land wurde an arabische Besitzer verpachtet, Ölfelder wurden ihnen vom Staat genommen und Straßen dem Verfall überlassen. Zwischen 1972 und 1977 fand eine Kolonialisierung bestimmter Regionen statt, die überwiegend von KurdInnen bewohnt wurden. Rund 25.000 «arabische» Bauern, deren Land beim Bau der Tabqa-Talsperre geflutet wurde, siedelte

man in «modernen Dörfern» in der Dschazira-Region nahe den kurdischen Dörfern an.[15] Die neuen «modernen Dörfer» verfügten über Wasser, Elektrizität, Krankenhäuser, Schulen, Straßen, Polizeiwachen und andere Leistungen, während es den kurdischen NachbarInnen beinahe an allem fehlte. Die kurdische Bevölkerung in diesen Regionen war täglichen Diskriminierungen ausgesetzt. Hierzu zählten unter anderem die Kündigung von Lehrern (unter dem Vorwand, sie seien Ausländer), die Entlassung von Arbeitskräften, die Zerstörung der Häuser und die Verhaftung ihrer politischen Repräsentanten.

Diese Politik des «arabischen Gürtels» sah die Einrichtung einer Pufferzone zwischen Syrien und den benachbarten KurdInnen am nördlichen und nordöstlichen Rand der Dschazira vor, entlang den Grenzen zur Türkei und dem Irak. Kurdisches Land wurde beschlagnahmt und die Bevölkerung aufgefordert, sich im Landesinneren niederzulassen, um Platz für AraberInnen zu schaffen. Charakteristisch für diese Zone war auch eine hohe Militärpräsenz. Die arabischen Siedlungen waren, wie erwähnt, institutionell besser ausgestattet und erhielten zur Förderung des wirtschaftlichen Wohlstands zahlreiche staatliche Vergünstigungen.[16]

Immer wieder kam es in den 1980er und 1990er Jahren zu Protesten, Zusammenstößen und Verhaftungen. Anlässe waren das kurdische Neujahrsfest Newroz oder der Jahrestag der 1962 durchgeführten Volkszählung in al-Hasaka im Osten Syriens, durch die rund 150.000 KurdInnen ihre Staatsbürgerschaft und somit ihre grundlegenden Bürgerrechte verloren. Sie und ihre Kinder waren somit zu Armut und Diskriminierung verdammt. Ein Zustand, der sich in den folgenden Jahrzehnten ausbreiten sollte: Heute sind davon mehr als 300.000 KurdInnen betroffen.

Im Jahr 2004 wurde der kurdische Aufstand, der in der Stadt Qamischli begonnen hatte und anschließend rasch auf die kurdischen Gebieten Syriens – Dschazira, Afrin, Aleppo und Damaskus – übergriff, von den Sicherheitskräften und mithilfe arabischer Stammesmilizen brutal unterdrückt. Mehr als 2.000 kurdische AktivistInnen und Protestierende wurden dabei getötet oder verhaftet, andere ins Exil gezwungen.

Bei Ausbruch der Revolution 2011 erließ Baschar al-Assad im April im Anschluss an verschiedene Treffen mit kurdischen VertreterInnen einen Erlass, demzufolge die als Ausländer registrierten Personen im Gouvernement al-Hasaka die syrische Staatsbürgerschaft erhalten sollten. Viele staatenlose KurdInnen warten hierauf jedoch noch heute. Kurdische AktivistInnen haben eine führende Rolle im Aufstand übernommen und sind im revolutionären Prozess sehr präsent. Viele KurdInnen sind deshalb ins Visier der syrischen Sicherheitskräfte geraten.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das Assad-Regime hat, um das Land zu regieren, in den vergangenen 40 Jahren eine Politik der Spaltung entlang der konfessionellen und ethnischen Zugehörigkeiten der Bevölkerung gefördert und umgesetzt. All die genannten Elemente sowie die Unterdrückung der zivilgesellschaftlichen und säkularen Organisationen, gepaart mit dem Fehlen weltlicher Stimmen aus der Arbeiterklasse, die unter den verschiedenen Formen der Unterdrückung und Vereinnahmung der Gewerkschaftsstrukturen zu leiden hatte, schufen den Raum für eine sektiererische Rhetorik, die sich auch unter den reaktionärsten und konservativsten Elementen der syrischen Revolution manifestiert hat.

Diese Hauptursache des Sektierertums und Konfessionalismus gilt es zu überwinden: das Regime und seine Helfer, aber auch die reaktionären und opportunistischen Elemente innerhalb der Revolution, insbesondere die islamischen Reaktionäre und dschihadistischen Gruppen. Ussama Makdissi schrieb: «Zur Überwindung [des Sektierertums], wenn sie denn überhaupt möglich ist, muss ein weiterer Bruch erfolgen, ein Bruch der so radikal für das Staatswesen ist, wie es der Beginn des Sektierertum für das alte Regime war. Es bedarf einer anderen Vision der Moderne.»[17]

Der Kampf gegen Sektierertum und Konfessionalismus ist Teil des Kampfes für die Überwindung dieses verbrecherischen Regimes und für den radikalen Bruch mit der Vergangenheit. Dieser Bruch mit der sektiererischen Politik des Regimes bedeutet auch den Bruch mit dem sektiererischen Diskurs eines Teils der Opposition, der von den arabischen Golfstaaten und ihrer Propaganda gestützt wird. Sektierertum und Konfessionalismus können nur besiegt werden im gemeinsamen Kampf für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Säkularität und echte Unabhängigkeit. Der Kampf gegen den Konfessionalismus ist Teil des Kampfes gegen das kapitalistische System und für die Einigung der Unterdrückten in Syrien, seien sie arabischer, kurdischer, sunnitischer, christlicher oder alawitischer Abstammung, um das Regime zu stürzen und eine neues Syrien aufzubauen.

Joseph Daher ist Mitglied der Revolutionary Left Current in Syrien. Er ist Doktorand und Assistent an der Universität Lausanne in der Schweiz, Mitbegründer des Blogs Cafe Thawra (https://cafethawrarevolution.wordpress.com) und Gründer des Blogs Syria Freedom Forever (https://syriafreedomforever.wordpress.com). Er ist Mitherausgeber des Buchs «Penser l'émancipation. Offensives capitalistes et résistances internationals» und Autor (gemeinsam mit John Rees) von «The People Demand. A Short History of the Arab Revolutions».

1 Die hier verwendete Bezeichnung «Sektierertum» übernimmt den Bedeutungsgehalt des englischen Begriffs «sectarianism»: «Sectarianism, like racism, is a form of bigotry, discrimination, or hatred arising from attaching importance to perceived differences between subdivisions within a group, such as between different denominations of a religion, nationalism, class, regional or factions of a political movement» (https://en.wikipedia.org/wiki/Sectarianism). **2** Makdissi, Ussama: The Culture of Sectarianism. Community, History and Violence in Nineteenth-century Ottoman Lebanon, Berkeley 2000, S. 174. **3** Vgl. Haddad, Bassam: Business Networks in Syria. The Political Economy of Authoritarian Resilience, Stanford 2012, S. XIV. **4** Vgl. Hinnebush, Raymond: Syria. Revolution from above, New York 2001, S. 83. **5** Seurat, Michel: L'Etat de barbarie Syrie, 1979–1982, Paris 1983, S. 138. **6** Vgl. Hinnebush: Syria, S. 83. **7** Vgl. Batatu, Hanna: Syria's Peasantry, the Descendants of Its Lesser Rural Notables, and Their Politics. Princeton 1999, S. 277. **8** Vgl. Hinnebush: Syria, S. 83. **9** Vgl. United Nations Development Programme: Poverty in Syria 1996–2004. Diagnosis and Pro-poor Policy Considerations, Damaskus 2005. **10** Vgl. Haddad: Business Networks in Syria, S. 5. **11** Vgl. Al hayat, 5.1.2006, zitiert nach: Pierret, Thomas: Baas et Islam en Syrie. La dynastie Assad face aux Oulémas, Paris 2011, S. 115. **12** Vgl. Batatu: Syria's Peasantry, S. 277. **13** Vgl. www.crisisgroup.org/~/media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Iraq%20Syria%20Lebanon/Syria/128-syrias-mutating-conflict. **14** Vgl. http://alhayat.com/Details/417219. **15** Vgl. Seurat: Syrie, S. 181. **16** Vgl. www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/public/Research/Middle%20East/bpsyriankurds.pdf. **17** Makdissi: The Culture of Sectarianism, S. 174.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: August 2015
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling